

ARCADY  
Verlag der Sozialdemokratischen  
Partei Deutschlands, Bonn  
- 8. NOV. 1961



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XVI/252 - 8. November 1961

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 2 18 31 - 33  
Fernschreiber 0 886 890

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1	<u>Nach der Kanzlerwahl</u> Wachsam bleiben - die Aufgabe des Staatsbürgers	49
2	<u>Geschlagen und lädiert</u> Die Rolle des Bundeswirtschaftsministers Erhard	24
2	<u>Ohne die Berliner</u> Unverständliche Haltung der neuen Koalition	24
3 - 4	<u>Hamburg wählt seine Bürgerschaft</u> Zuversichtliche SPD Von Günther Hahn, Hamburg	62
5	<u>Jugoslawien erregt und empört</u> Was man über Bonn nach dem "Fall Vracaric" denkt Von unserem Korrespondenten in Belgrad, Harry Schleicher	50
6 - 7	<u>Bad Landeck heute</u> Ein weltberühmtes Kurbad gerät in Vergessenheit Polnische Presse übt heftig Kritik Von Rudolf Hornig	61

\* \* \* \*  
\* \* \*

Nach der Kanzlerwahl

Wachsam bleiben - die Aufgabe des Staatsbürgers

G.M. - Der 85-jährige Dr. Konrad Adenauer ist nun zum vierten Mal Bundeskanzler geworden. Die dürftige, nur 8 Stimmen betragende Mehrheit, die ihn erneut mit diesem Amt betraute, ist der Ausdruck des tiefen Misstrauens gegenüber dem Altbundeskanzler sogar in den Parteien, die sich zu einem "Bund" zusammengerauft haben. Wichtiger jedoch als tief-sinnige Betrachtungen darüber, wer möglicherweise insgeheim gegen den Stachel gelockt hat - das mögen CDU/CSU und FDP unter sich ausmachen - ist die Perspektive der kommenden Parlamentsarbeit.

Es fehlt nicht an Stimmen im Volke, die unsere demokratischen Institutionen für das verantwortlich machen wollen, was in den vergangenen sieben Wochen geschehen ist. Wir glauben, dass es der Bundestag selbst in der Hand hat, durch seine ihm vom Wähler übertragene Aufgabe die keimenden Zweifel am Bestand unserer Demokratie wieder zurückzudrängen.

Gewiss, zwei Fraktionen haben ein Abkommen miteinander abgeschlossen, das eigentlich den Bundestag lahmlegt, sollte es nach dem Buchstaben seiner Verfassung praktiziert werden. Aber schon die Kanzlerwahl hat gezeigt, dass dieses "Koalitionsabkommen" nicht von allen an der Koalition beteiligten Abgeordneten gehalten worden ist. Die Nein-Stimmen und Stimmenthaltungen in der CDU/CSU- und FDP-Fraktion sind der Beweis dafür, dass es doch zahlreiche Abgeordnete gibt, die sich ihr eigenes Urteilsvermögen bewahrt haben.

Dieser Tatbestand ist ein Hoffnungsschimmer für das Parlament und seine Arbeit; er eröffnet die Möglichkeit auch für sachgerechte wechselnde Entscheidungen, nachdem nunmehr - wie der Volksmund sagt - "die Posten verteilt" sind.

Dem Wähler, der es mit der Demokratie ernst nimmt, obliegen in den nächsten Monaten neue und eigene Aufgaben. Er ist aufgerufen, seine Wahlkreisabgeordneten, aber auch diejenigen Parlamentarier, die über die Landeslisten in den Bundestag gekommen sind, ständig zu kontrollieren und stets von ihnen zu fordern, Rechenschaft über das Tun und Lassen im Parlament abzulegen. An der Bewältigung dieser Aufgabe kann sich **j e d e r** Bürger beteiligen, ganz gleich, ob er eine der Parteien der Regierungskoalition oder die SPD gewählt hat. Kann sich der Wähler zur Übernahme der ihm zustehenden Kontrollfunktionen entschliessen, dann ergibt sich für die junge deutsche Demokratie die einzigartige Chance, gerade in der kommenden Legislaturperiode von unten her das Geschehen im Staat zu beeinflussen.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands hat durch ihr klares Regierungsprogramm schon vor der Wahl dafür gesorgt, dass die Zielsetzungen der deutschen Innen- und Aussenpolitik übersichtlich sind. In den Wochen nach der Wahl mag manches davon in Vergessenheit geraten sein; jetzt, in der praktischen Parlamentsarbeit und in der Tätigkeit des einzelnen Abgeordneten im Lande, werden die Konturen der deutschen Politik sichtbar werden können. Die sozialdemokratischen Abgeordneten werden daher gerade nach diesem für die neue Regierungskoalition doch recht lamentablen Abstimmungsergebnis bei der Kanzlerwahl ihre Aufgabe darin sehen, das Geschehen im Parlament nicht in den Hinterstuben der Koalitionspartner ersticken zu lassen; sie werden dafür sorgen, dass jeder Bürger in einer ständigen Aussprache mit seinem Abgeordneten bleibt.

### Geschlagen und lädiert

sp - Nicht einmal zu einem Händedruck reichte es. Unter der Schar der Gratulanten, die den Bundeskanzler zu seinem Pyrrhussieg beglückwünschten, war der Bundeswirtschaftsminister nicht zu finden. Grusslos, ohne auch nur einen Blick auf seinen Regierungschef zu werfen, hatte Erhard seinen Stimmzettel in die Urne geworfen. Zwischen den beiden Männern, die der Wählern vor dem 17. September in überlebensgrossen Plakaten als unzertrennbares Paar offeriert wurden, besteht nun bitterböse Feindschaft. Noch wenige Stunden vor dem Wahlgang hatte Adenauer seinem Stellvertreter im Kabinett einen bösen Streich gespielt, indem er seine Zustimmung zur Errichtung eines eigenen Ministeriums für Entwicklungshilfe gab. Adenauer tat es, obwohl sich Erhard mit Händen und Füssen gegen diesen Einbruch in seinen Machtbereich wehrte und dies sogar mit einer Rücktrittsdrohung verband. Aber mit den Rücktrittsdrohungen des Bundeswirtschaftsministers hat es seine eigene Bewandnis, ihnen folgte früher und auch an diesem trüben Novembertag stets der Unfall. Erhard besitzt eben zur Enttäuschung seiner Freunde kein Stehvermögen, zu Recht hat er den Ruf eines Gummlöwen erworben. Er gehört zu den Geschlagenen dieser Koalition, sein Ansehen ist mehr als lädiert und seine Stellung in der CDU/CSU schwer angeschlagen. Ein Mann, der sich solche Behandlung, wie sie ihm zuteil wurde, gefallen lässt, hat sich damit selbst abgewertet. Der zerschlossene Nimbus dieses Mannes ist eines der bemerkenswertesten Ergebnisse eines Schauspiels, dem jede Grösse mangelt, das aber umso mehr widerwärtige Züge aufweist. Seine Fortsetzung lässt Trübsal ahnen.

+ + +

### Ohne die Berliner

sp - Wieder mussten die Berliner Abgeordneten auch im neuen Bundestag eine schmerzliche Enttäuschung erleben. Sie mussten ihre Stimmzettel bei der Kanzlerwahl in eine separate Urne werfen, auf diese Weise bekundend, dass ihre Stimmen nicht gleichrangig mit denen der übrigen Volksvertreter sind. Was wäre schon geschehen, wenn diesmal - immerhin wird nicht jeden Tag ein Bundeskanzler gewählt - dieser Unterschied zwischen Volksvertretern aufgehoben worden wäre? So gut wie gar nichts. Es hätte keine Proteste seitens der Westalliierten gegeben und auch die Sowjetunion hätte sich nicht veranlasst gesehen, deswegen ihre Berlinpolitik zu ändern. Wohlherwogene Vorstellungen der Sozialdemokraten kamen bei der grossen Mehrheit der übrigen Parteien nicht an, sie verschlossen sich einer Geste, deren Symbolkraft wohl stimulierend auf Berlin und die Bundesrepublik gewirkt hätte. Auch der Bundestagspräsident Dr. Eugen Gerstenmaier hat, dies sei rühmlich hervorgehoben, das Fehlen dieser Geste bedauert. Am besonderen Schicksal Berlins offenbart sich nationale Bewährung oder nationales Versagen. In der Stunde der Kanzlerwahl wurde verfehlt, die unlösbare Verbundenheit mit dem bedrängten Berlin vor uns allen und vor der Welt zu bekunden. Die Mehrheit des Bundestages folgte Erwägungen, deren Richtigkeit schon früher in Zweifel standen und die heute überhaupt nicht mehr zutreffen. Hoffentlich gibt es in der nächsten Zeit genug Gelegenheiten, lange Versäumtes endlich nachzuholen. Die unterschiedliche Bewertung der Berliner Stimmen im Bundestag lässt sich kaum mit dem Ziel vereinbaren, die Bande mit Berlin so fest wie möglich zu knüpfen.

+ + +

## Hamburg wählt seine Bürgerschaft

Zuversichtliche SPD

Von Günter Hahn , Hamburg

Am kommenden Sonntag wählen 1,4 Millionen wahlberechtigte Hanseaten ihre neue Bürgerschaft. 120 Abgeordnete werden in den traditionellen Plenarsaal des Rathauses einziehen. Mit ihnen wählt Hamburg auch die 300 Verordneten der sieben Bezirksausschüsse - vergleichbar mit den Kreistagen anderer Bundesländer.

### Kein "Wahlfieber"

Bis zur Stunde kam keine rechte Kampfstimmung auf. Von "Wahlfieber" ist wenig zu merken. An dem Wahlsieg der SPD unter Führung ihres erfolgreichen Ersten Bürgermeisters aber wird nicht gezweifelt, denn Dr. Paul Nevermann, der sich vom Schlosser zum Juristen heraufarbeitete, kann grosse Erfolge nachweisen. Vor knapp einem Jahr löste er den heutigen SPD-Bundestagsabgeordneten Max Brauer ab. Als Führer der zum Blocksensat (CDU, FDP, DP) in Opposition stehenden SPD hatte Nevermann 1957 wesentlich dazu beigetragen, dass seine Partei mit 69 von 120 Mandaten die absolute Mehrheit errang. Als einziger Spitzenkandidat hat er auch für die kommenden vier Jahre sein Programm klar umrissen. In dem Regierungsprogramm der Hamburger SPD hat er u.a. die Beseitigung der Wohnungsnot zugesagt.

### CDU pessimistisch

Die CDU, im Hamburger Landesparlament nur mit 41 in Opposition stehenden Abgeordneten vertreten, rechnet mit Mandatsverlusten. Sie fürchtet, in den Sog der Bonner Regierungsbildung zu geraten. Das wochenlange Tauziehen um Ministerposten hat die Wähler verärgert. Sie können nicht verstehen, warum ein ganzes Volk nach der Pfeife eines alten Mannes tanzen soll - im Angesicht grösster Gefahr, in der Gewissheit, dass Deutschland angesichts der aussenpolitischen Bedrängnis eine starke Regierung braucht.

Noch aus der Zeit des "Hamburg-Block" haftet der CDU das Odium des Misserfolgs wie ein in die Tiefe zerrender Mühlstein an. In der Zeitschrift "Civis" (für christliche Politik) hatte der CDU-Abgeordnete Rollman die Situation seiner im protestantischen Norden auch unter konfessionellen Spannungen leidenden Partei treffend geschildert: "Der Hamburg-Block, der von der Bevölkerung weitgehend mit der CDU identifiziert wurde, schleppte sich mühsam von Krise zu Krise über die Legislaturperiode und löste sich vor den Wahlen (1957) praktisch auf".

Auch nach dem Dementi der CDU stehen wenige Tage vor der Bürgerschaftswahl zwei Fragen im Raum: "Zieht sich der Vorsitzende der CDU-Fraktion in der Hamburger Bürgerschaft aus der aktiven Politik zurück? Dient Dr. Kurt Sieveking seiner Partei nur noch als Wahlkampflokomotive, die nach dem 12. November auf das Abstellgleis gefahren wird?"

Treibende Kraft ist eine Aktivistengruppe der "Jungen Union". Treibende Kräfte aber sind auch jene Bürger, die nicht vergessen haben, dass der Hamburger CDU-Spitzenkandidat zur Bürgerschaftswahl an der Spitze des auch von Rollmann kritisierten Blocksenats stand. Sievekings Wahlslogan "Unsere Stadt in gute Hände" wird deshalb als indirekte Werbung für eine neue SPD-FDP-Koalition gewertet. Sie hat sich in der Vergangenheit gut bewährt.

#### FDP will "dranbleiben"

Auch der Hamburger FDP-Vorsitzende Engelhard, neben Dr. Neveermann Zweiter Bürgermeister der Hansestadt, will nach dem 12. November die Koalition mit der SPD erneuern. Seine Partei hat in der Bürgerschaft zehn Abgeordnete. Er fand dieser Tage den Brief eines enttäuschten Wählers vor, in dem zu lesen ist: "Hoffentlich gibt's auf dem Wochenmarkt genug faule Tomaten". Dieser Hinweis bezieht sich auf die Ankündigung, dass der FDP-Bundesvorsitzende Dr. Erich Mende in Hamburg sprechen will. Sein Auftreten, schon jetzt als Rechtfertigungsversuch angesehen, wird der Hamburger FDP wenig nützen. Bis zuletzt nämlich hatte sich Engelhard gegen eine Bonner CDU-FDP-Koalition gewehrt. Denn Bundeskanzler Adenauer ist in der liberal eingestellten Hansestadt kein gern gesehener Gast. Seine kleineuropäische Wirtschaftskonzeption steht im Widerspruch zu den weitgespannten Überlegungen eines Welthafens. "Wenn der Bundeskanzler von 'drüben' spricht", so sagt man, "meint er die andere Rheinseite, wer in Hamburg von 'drüben' spricht, meint New York."

Jugoslawien erregt und empört

Von unserem Korrespondenten in Belgrad, Harry Schleicher

Die Verhaftung des Jugoslawen Vracario in München hat die jugoslawische Bevölkerung zutiefst erregt und empört. Zusammenfassend stellt sich die Stimmung wie folgt dar:

Man sagt, es gehöre schon ein Maß von politischer Verständnislosigkeit dazu, im Jahre 1961 einen Menschen auf der Grundlage eines nationalsozialistischen Fahndungsbefehls aus dem Jahre 1941 zu verhaften. Wenn es sich ausserdem noch um einen Ausländer handelt, wie im Falle des Jugoslawen Lazo Vracario, dem Angehörigen eines Volkes, das 1,7 Millionen Tote auf den blutbefleckten Schlachtbänken des internationalen Faschismus liess, dann muss man ernstlich an der politischen Zurechnungsfähigkeit der für die Tat Verantwortlichen zweifeln, will man nicht Schlimmeres annehmen, nämlich eine gezielte Provokation.

Es gibt in einem solchen Fall nach jugoslawischer Auffassung keine formaljuristische Aspekte. Es kann sie schon deswegen nicht geben, weil die Besatzungsmächte dem bedingungslos besiegten Deutschland, dessen Rechtsnachfolger zu sein die Bundesrepublik ausschliesslich für sich in Anspruch nimmt, das Recht vorenthalten haben, Mitglieder der Widerstandsbewegungen zu verfolgen. Wenn Lazo Vracarios Fall, ein offener Kampf in dem bereits besetzten Zagreb gegen eine Gruppe deutscher Fallschirmjäger, wobei zwei das Leben verloren, zwanzig Jahre später erneut, wie es einst Goebbels tat, als "kriminell" bezeichnet wird, so ist dies eine politische Instinkttlosigkeit grössten Ausmaßes. Mit dieser erstmaligen Verhaftung eines Widerstandskämpfers handelt es sich um einen Präzedenzfall von eminenter politischer Bedeutung. Deswegen wird jedes nicht eindeutige Abrücken Bonn von dieser Vorgehensweise der Konstanzer Richter der Bundesrepublik weit über Jugoslawiens Grenzen hinaus, wie die ersten Reaktionen bereits bewiesen haben, mehr schaden, als es die mit Skepsis in Belgrad beobachtete Politik der Bundesregierung vermochte. Hiesse dies doch, die Geschichte auf den Kopf zu stellen und zu übersehen, wer der Verantwortliche für den zweiten Weltkrieg und Aggressor gegen eine Anzahl von Ländern gewesen ist, deren Regierungen den Krieg um keinen Preis gewollt haben. Die Verhaftung Vracarios ist darüber hinaus gleichbedeutend mit einer moralisch-politischen Diskreditierung aller ausländischen Widerstandsbewegungen gegen den Faschismus, aber auch ein Affront gegen das "andere Deutschland", das die Geschwister Scholl, die Hänner des 20. Juli und nicht zuletzt die Tausende bekannter und namenloser deutscher Kämpfer und Opfer gegen den Nationalsozialismus repräsentierten und die maßgeblich dazu beigetragen haben, dass das deutsche Ansehen in der Welt in jenen Jahren des braunen Terrors nicht vollends dahin sank.

Es kann keine Frage der politischen Opportunität sein, welche Position Bonn in diesem erstmalig-provozierenden Fall einzunehmen gedenkt. Mag es auch Bonn sonst so wichtig sein, das Ansehen der Bundesrepublik in der Welt zu stärken, so handelt es sich hier um keine Prestigeangelegenheit, sondern eine zutiefst prinzipielle Frage, die eine eindeutige Stellungnahme erheischt. Geht es doch nicht darum, ob das Ausland glaubt, dass Deutschland heute definitiv demokratisch sei, sondern darum, ob es das tatsächlich ist. Und diese Frage geht in erster Linie die Deutschen an. - Das ist die Grundstimmung in Belgrad.

### Bad Landeck heute

Von Rudolf Hornig

Nur kurze Zeit dauerte es in diesem Jahr, dass in Bad Landeck im schlesischen Glatzer Bergland südlich von Glatz Bauprojekte in Angriff genommen wurden und das Morgenrot besserer Tage über dem seit dem Kriege immer mehr der Abnutzung und Verwahrlosung preisgegebenen Kurort heraufzudämmern schien. Der zu Beginn des Jahres zugesagte Aufbaukredit von 4,5 Millionen Zloty wurde nach Inangriffnahme der Arbeiten auf 500 000 Zloty gekürzt und die Bauarbeiten mussten wieder eingestellt werden.

Einige Baugerüste stehen heute noch, aber das geplante Kulturhaus kam nicht über die Grundarbeiten hinaus. Auch die Renovierungsarbeiten am Adalbertspavillon blieben unvollendet. Man will jetzt wenigstens ein kleines Museum errichten, um die Krücken und Handstützen auszustellen, die von Kurgästen nach erfolgreicher Behandlung zurückgelassen wurden. Ist doch Bad Landeck mit seinen radiumhaltigen Schwefel-Quellen das stärkste Heilbad Schlesiens geblieben, während von einer internationalen Badesaison immer noch keine Rede sein kann. Nur wenige amerikanische Polen sowie einige Dutzend Kurgäste aus der benachbarten Tschechoslowakei halten das "internationale" Badeleben mühsam aufrecht.

"Wo ist der Glanz geblieben?"

Die Kur- und Heilanstalten des in günstiger Lage 450 m über dem Meeresspiegel gelegenen Kurortes waren früher nicht nur in ganz Deutschland, sondern auch in Mitteleuropa und in anderen Ländern sehr beliebt. Alle 36 Kur- und Heilanstalten sowie die 16 Hektar Parkanlagen und die angrenzenden Forstgebiete sind noch vorhanden - aber in welchem Zustand!

"Wo ist der Glanz früherer Zeiten in Bad Landeck geblieben", fragte vor kurzem die polnische Presse und gab zu, dass das Bad als ein Schandfleck des Glatzer Berglandes bezeichnet werden müsse. Die polnische

Presse war ihren eigenen Berichten über den "Wiederaufbau" in Bad Landeck nachgegangen, die zu Jahresbeginn in grosser Aufmachung erschienen waren, und musste wie schon so oft bei "Aktionen" für die Hebung des Fremdenverkehrs in Schlesien die Feststellung machen, dass es sich wieder einmal um eine schillernde Seifenblase gehandelt hatte.

Die polnischen Reporter sahen kein Lächeln auf den Gesichtern der Kurgäste, es herrschte auch bei ausgesprochenen Kurserfolgern kein Frohsinn und niemand war mit den Unterhaltungsmöglichkeiten zufrieden. Kein Wunder, da es keine gibt. Ferner stellten die Reporter neben der allgemeinen Verwahrlosung - die Fassaden wurden seit der Vorkriegszeit vor über 20 Jahren nicht mehr erneuert - noch eine ganze Reihe von Mängeln fest. Es fehle frisches Obst und Gemüse, die Diätküchen seien schlecht, die Zahl der Ruhebänke in den Anlagen sei verschwindend gering und Beschaller fehlten fast gänzlich. Über die ungepflegten Spazier- und Wanderwege in den angrenzenden Wäldern wurde schon vor Jahren geklagt, ohne dass seither auch nur der geringste Wandel sichtbar geworden wäre.

Wer ist "zuständig" ?

Offenbar ist das polnische "Heilkombinat Bad Landeck" genau so wenig wie die zuständige Warschauer Heilbehörde in der Lage, einen Ausweg aus einem chronischen Dilemma zu finden. Bei allen schlesischen Kurorten unter polnischer Verwaltung konnte bis heute nicht einwandfrei die Frage geklärt werden, wer sich um die Erhaltung und den Wiederaufbau und Ausbau zu kümmern hat. Die Regierung in Warschau? Die Wojwodschaftsbehörden in Breslau? Die Kurortsverwaltungen selbst, die vielfach den Ortsverwaltungen unterstehen? Der Verband für Fremdenverkehr und Touristik? Die Krankenkassen, Gewerkschaften und Betriebe, denen einzelne Bade- und Kurhäuser gehören? Oder die Kurgäste selbst, indem sie eine Kurtaxe entrichten?

So bleibt in Bad Landeck bis auf weiteres alles beim alten. Der Glanz früherer Zeiten ist dahin und will auch nicht wiederkommen, weil er sich ja von selbst und ohne entsprechende Anstrengungen nicht erneuern lässt.

+ + +  
-----  
Verantwortlich: Günter Markscheffel